



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2020

Wesentliche Trends und Schwerpunkte

Wesentliche Trends und Schwerpunkte

- 1) Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in den instabilen Subsahara-Staaten Afrikas
- 2) Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in Süd- und Südostasien
- 3) Wachsende Gefährdung der Christen durch das organisierte Verbrechen in Lateinamerika
- 4) Ausbau der digitalen Überwachung bedroht kirchliches Leben
- 5) Kirche in Syrien und Irak geschwächt – kaum Rückkehrwillige
- 6) Christliche Konvertiten sind am stärksten von Verfolgung betroffen

1) Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in den instabilen Subsahara-Staaten Afrikas

Nach dem Sturz des libyschen Präsidenten Gaddafi 2011 und dem daraus resultierenden Machtvakuum in **Libyen** (Rang 4, unverändert zum Vorjahr) hat sich in Subsahara-Afrika der islamistische Einfluss wie eine Welle ausgebreitet, unterstützt mit Geld, Waffen, Drogen und vom organisierten Verbrechen. In politisch labilen Staaten ohne funktionierende Rechtsstaatlichkeit erhält die betroffene christliche Bevölkerung keinen Schutz durch ihre Regierungen.

So sagte der Präsident von **Mali** (Rang 29 / 24 im Vorjahr) im November 2018, die Existenz seines Landes sei durch Dschihadisten gefährdet. Gewaltbereite Islamisten instrumentalisieren ethnische und sozioökonomische Spannungen, um ein Umfeld zu schaffen, in dem sie neue Rekruten gewinnen und ihren Einfluss verstärken können. Damit wächst ihr Gefahrenpotenzial für die globale Sicherheit, oft sind jedoch Christen ihr primäres Ziel.

Burkina Faso (Rang 28 / 61), bislang bekannt für seine religiöse Toleranz, erscheint zum ersten Mal auf dem Weltverfolgungsindex. Das gilt auch für **Kamerun** (Rang 48 / 56). Die Christen in Burkina Faso werden massiv angegriffen. Sie befinden sich nach eigenen Aussagen in einem Überlebenskampf. Priester und Pastoren wurden von gewalttätigen islamischen Aktivisten getötet, oft auch ihre Familien; viele wurden entführt. Dorfbewohner, die christliche Symbole trugen, wurden ausgesondert und auf der Stelle getötet. Dschihadisten ersetzen reguläre durch sogenannte „arabische“ Schulen. Kirchen, Geschäfte und Kliniken werden niedergebrannt.

„Die Islamisten haben die Einwohner per Ultimatum aufgefordert, entweder den Islam anzunehmen oder ihre Häuser zu verlassen“, berichtet eine Quelle. Eine andere sagte: „[Christen]... sind Teil einer Agenda der Dschihadisten. Diese säen gezielt Terror, ermorden Mitglieder der christlichen Gemeinschaften und zwingen die Übrigen zur Flucht. Dabei drohen sie, in drei Tagen zurückzukehren und sagen, sie wollten dann keine Christen mehr dort vorfinden.“

Typisch ist ein Vorfall im April 2019, bei dem Angreifer auf Motorrädern zu einem Gottesdienst in einem Dorf in Burkina Faso kamen. Sie beschlagnahmten alle Telefone und Ausweise, sammelten die Bibeln ein und verbrannten sie. Dann brachten sie den Pastor und sechs andere nach draußen, um sie zu erschießen; eine Person überlebte.

Im Norden haben bereits mehr als zweihundert Kirchen geschlossen; Tausende Christen befinden sich nun in Lagern für Vertriebene, haben Zuflucht bei Freunden in der Hauptstadt Ouagadougou gefunden oder sind in zentrale und südliche Regionen geflohen. Gruppen, die mit Al-Kaida im Maghreb verbunden sind, halten weiterhin ausländische Missionare als Geiseln – einige davon schon seit mehreren Jahren.

Die unheilvolle Vermischung eines radikalen Islam mit tief verwurzelten regionalen und lokalen Konflikten veranlasste den Sahel-Direktor von Human Rights Watch im Dezember 2018, bezüglich Mali zu sagen: „Die Morde an Zivilisten in Zentral- und Nord-Mali durch Milizen geraten außer Kontrolle.“ Mehrere islamistische Gruppen kontrollieren das Tagesgeschehen. Am kirchlichen Leben teilzunehmen ist hier enorm gefährlich.

Kamerun leidet unter politischer Instabilität und einer sehr angespannten Sicherheitslage. Im Norden – noch immer eine Hochburg von Boko Haram – herrscht Gewalt. Die islamische Radikalisierung ist dort zur Bedrohung für vertriebene Christen geworden, kirchliche Aktivitäten werden gestört. Vom Islam konvertierte Christinnen werden zur Heirat mit Muslimen gezwungen und stehen in der Gefahr, von Boko Haram entführt zu werden. Christliche Kinder werden von muslimischen Verwandten gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen.

Selbst wenn Boko Haram besiegt wird, muss zuerst die islamistische Ideologie überwunden werden, bevor sich ein gesellschaftlicher Frieden einstellen wird; bei den Jugendlichen in der Region hat die Ideologie bereits tiefe Spuren hinterlassen.

Mindestens 27 bekannte islamistische Gruppen sind in verschiedenen Teilen von Subsahara-Afrika tätig; nicht mitgerechnet dabei sind die Seleka, Ex-Seleka und andere Milizen, die in der **Zentralafrikanischen Republik** (Rang 25 / 21) immer wieder in Kämpfe verwickelt sind.

Dort wird die Situation zusehends komplexer, da mehrere kriminelle Gruppen von allen Seiten auftauchen. Morde und die Zerstörung von Eigentum und Kirchen sind weit verbreitet: Im November 2018 setzten Milizionäre die Kathedrale in Alindao in Brand und zerstörten das von der Kirche betriebene Flüchtlingslager. Zwei Priester und ein Pastor wurden zusammen mit mehr als 112 anderen, überwiegend Christen, getötet. Im Berichtszeitraum 1. November 2018 bis 31. Oktober 2019 hat Open Doors die Ermordung von 924 Christen um ihres Glaubens willen dokumentiert. Nur in Nigeria wurden mit 1.350 mehr getötete Christen gemeldet. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein.

Über **Nigeria** (Rang 12, unverändert) berichtet die International Crisis Group, dass die Gewalt durch muslimische Fulani-Hirten dort sechsmal so viele Leben fordert wie die von Boko Haram. Die Lage ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert, mit anhaltenden Angriffen im Norden und im Mittelgürtel auf Bauern, Kirchen und ganze Dörfer. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) berichtet, dass die Gewalt, die sich von Nordosten nach Nordwesten und im Mittelgürtel ausbreitet, von einer Reihe bewaffneter und krimineller Gruppen ausgeht. Sie ziehen marodierend durch die Dörfer – sie töten, vergewaltigen, plündern, brandschatzen und entführen (sogar Mädchen ab 10 Jahren), um Lösegeld zu erpressen. Die Opfer berichten häufig, ihnen werde gesagt: „Bekehre dich [zum Islam] oder stirb!“

Diese Gewalt gegen ethnische Gruppen mit christlicher Mehrheit im gesamten Mittelgürtel Nigerias hat sich mittlerweile auf Gemeinschaften im Bundesstaat Plateau und weiter südlich ausgedehnt, die bislang als sicher galten.

Die islamisch-extremistische Ideologie hat zahlreiche Splittergruppen inspiriert, darunter auch die Gruppe „Islamischer Staat Provinz Westafrika“ (ISWAP). Sie hat sich von Nigerias Boko Haram abgespalten und operiert in vier Ländern. Um sich Unterstützung zu sichern, engagiert sich die Gruppe lokal in Bereichen, wo die Regierung nur ungenügend präsent ist und etwa staatliche Dienstleistungen nur lückenhaft erbracht werden. ISWAP-Kämpfer haben christliche Mitarbeiter humanitärer Organisationen enthauptet und in Videobotschaften angedroht, jeden gefangenen Christen zu töten, aus Rache für alle in früheren religiösen Konflikten in Nigeria getöteten Muslime.

Sie haben zahlreiche Frauen und Mädchen in ihrer Gewalt. Darunter ist auch Leah Sharibu, die vor fast zwei Jahren mit 104 ihrer Schulkameradinnen entführt worden war. Die damals 14-Jährige hatte sich geweigert, ihren christlichen Glauben aufzugeben und kam deshalb als Einzige nicht frei. Das Schicksal der 112 zumeist christlichen Chibok-Mädchen bleibt unklar. Andere, 2019 entführte Mädchen wurden während der Telefonate mit ihren Eltern gefoltert, um höhere Lösegeldbeträge zu erpressen.

Berichten zufolge werden christliche Schülerinnen allerdings manchmal auch von Personen aus ihrem unmittelbaren Umfeld entführt, misshandelt und missbraucht. Sie werden gezwungen zum Islam überzutreten und häufig schnell mit älteren muslimischen Männern verheiratet. All das geschieht, ohne dass es zu Strafverfolgung durch die Behörden kommt.

Die Berichte zu Übergriffen gegen nigerianische und andere westafrikanische Mädchen ähneln denen aus **Ägypten** (Rang 16, unverändert). Dort hat ein ehemaliger Entführer gestanden, dass „Kidnapper für jedes entführte koptische Mädchen bezahlt wurden“.

2) Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in Süd- und Südostasien

Der Einfluss der islamisch-extremistischen Ideologie hat sich nicht nur über Subsahara- Afrika ausgebreitet, sondern führte auch zu völlig unerwarteten Gräueltaten wie in **Sri Lanka** (Rang 30 / 46). Bei Angriffen im April 2019 auf Kirchen sowie Hotels starben am Ostersonntag mehr als 250 Menschen – zumeist Christen –, über 500 wurden verletzt. 176 Kinder verloren an diesem Tag ein oder beide Elternteile. Für die Tat verantwortlich war die kleine, gewalttätige sri-lankische Gruppe NTJ, die zuvor als antibuddhistisch galt, aber Verbindung zum Islamischen Staat (IS) beansprucht. Die Anschläge brachten das Thema „Sicherheit“ an die Spitze der jüngsten Wahlagenda und waren die schwersten weltweit seit dem 11. September 2001.

Auf den **Philippinen** (derzeit nicht auf dem Weltverfolgungsindex) starben im Januar 2019 bei zwei Anschlägen auf die Kathedrale der südlichen Insel Jolo durch die Gruppe Abu Sayyaf 20 Menschen. Mehr als 100 wurden verletzt. Abu Sayyaf hatte sich dem IS angeschlossen und war von Verhandlungen ausgeschlossen worden, die eine Woche vor dem Angriff zum Referendum über eine größere Autonomie für die mehrheitlich muslimische Region im Süden Mindanaos geführt wurden.

In **Pakistan** (Rang 5, unverändert) beherrscht der Islam alle Lebensbereiche. Angesichts der Stärke der islamisch-extremistischen Gruppen – allen voran die Tehreek-e-Labbaik, die nach dem Freispruch von Asia Bibi große Proteste organisierte und die Vollstreckung der Todesstrafe forderte – ist in naher Zukunft keine Lockerung der Blasphemiegesetze zu erwarten. Weiterhin befinden sich aktuell Christen wegen Blasphemieanschuldigungen im Gefängnis, teils angeklagt, teils bereits wegen Blasphemie verurteilt.

3) Wachsende Gefährdung der Christen durch das organisierte Verbrechen in Lateinamerika

Korruptionsskandale trafen 2019 viele Länder Lateinamerikas; das Versagen staatlicher Strukturen und das Misstrauen gegenüber den Behörden setzten sich fort, was zu größeren sozialen Unruhen führte. Dadurch begünstigt, kommt es immer seltener zur Strafverfolgung von Gruppen und Milizen des organisierten Verbrechens, was die Gefährdung der Kirchen und ihrer Leiter erhöht. Einige von ihnen wurden erpresst, entführt, erhielten Morddrohungen oder wurden umgebracht. Viele Pastoren sahen sich gezwungen, ihre Gemeinden zu verlassen, beispielsweise in **Kolumbien** (Rang 41 / 47) und **Mexiko** (Rang 52 / 39).

4) Ausbau der digitalen Überwachung bedroht kirchliches Leben

Es gibt heute in **China** (Rang 23 / 27) mehr Christen als Mitglieder der Kommunistischen Partei. Die Regierung von Präsident Xi Jinping betrachtet Christen als Bedrohung, weil sie eine höhere Macht verehren als ihn und die Partei; das gilt auch für andere religiöse Gruppen. Schätzungen zufolge befinden bzw. befanden sich mehr als eine Million uighurische Muslime in Haftanstalten in Xinjiang, wo es Hinweise auf „systematische Gehirnwäsche“ und Entrechtung gibt.

Es wäre allerdings unmöglich, die mehr als 90 Millionen Christen im Land allesamt in Haft zu nehmen. Sie zu überwachen, ist eher möglich. China und andere autoritäre Staaten mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit erhöhen den Einsatz von Kameras, biometrischer Technologie und künstlicher Intelligenz. Das trifft Hauskirchen, sofern sie sich noch sonntags in großen Gebäuden treffen, genauso wie staatlich regulierte Kirchen. Auch die protestantischen Drei-Selbst Kirchen (TSPM) sind nicht vor Schikanen oder Schließung geschützt. Etliche mussten ihre Kreuze entfernen und sind einer umfassenden bürokratischen Überwachung ausgesetzt.

Mit Hilfe des neuen ‚social credit system‘ (SCS) wollen die Behörden alle Bürger im Land bewerten, um staatsdienliches Verhalten zu belohnen und schädigendes Verhalten zu bestrafen. Ein neues Gesetz im Rahmen des SCS zur obligatorischen Gesichtserkennung beim Kauf eines Mobiltelefons und der Nutzung des Internets macht es für Christen zusätzlich schwierig, unentdeckt zu bleiben.

Die Auswirkungen der seit fast zwei Jahren geltenden Vorschriften für religiöse Angelegenheiten nehmen weiter zu. Kindern unter 18 Jahren ist strengstens verboten, an christlichen Versammlungen teilzunehmen; dieses Verbot wurde landesweit in Kraft gesetzt, besonders streng in den Provinzen Henan (wo der Anteil der Christen zu den höchsten gehört) und Gansu.

Die Behörden haben im September 2018 neue Leitlinien erarbeitet, um die „ungeordnete“ Verbreitung religiöser Informationen im Internet einzudämmen. Dabei sind Online-Ressourcen eine wichtige Quelle der Ermutigung für Christen, besonders in entlegenen Gebieten. Ein Online-Auftritt ist jedoch nur mit Genehmigung durch die Provinzabteilung für religiöse Angelegenheiten erlaubt.

Indien (Rang 10, unverändert) setzt ebenfalls zunehmend biometrische Technologien ein. So soll die Einführung eines landesweiten Gesichtserkennungssystems, das laut Angaben der Regierung lediglich der Unterstützung der Polizeiarbeit dient, im Januar 2020 abgeschlossen sein. Die wiedergewählte und von der BJP geführte Regierung unter Premierminister Modi befördert weiter die Ausbreitung der ultra-nationalistischen Hindutva-Ideologie (jeder Inder muss ein Hindu sein). Der Erfolg der BJP zeigt sich in der jüngsten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs für den Wiederaufbau des Hindu-Tempels in Ayodhya. Außerdem wird wiederholt der Vorschlag eingebracht, das Verbot von (angeblich durch Christen vorangetriebene) „Zwangskonvertierungen“ auszuweiten. Entsprechende Gesetze sind derzeit in neun Bundesstaaten in Kraft.

Im Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex wurden mehr als 440 Gewalttaten und Hassdelikte gegen Christen verifiziert. Weil dies aufgrund polizeilicher Untätigkeit und sogar geheimer Absprachen in einem Klima der Straflosigkeit geschieht, befürchten Christen, weiterhin Ziel solcher Angriffe zu sein. Sie werden außerdem von den Massenmedien weiterhin als „Agenten des Westens“ bezeichnet, und die Finanzierung indischer NGOs durch ausländische Geldgeber wird genauestens geprüft.

5) Kirche in Syrien und Irak geschwächt – kaum Rückkehrwillige

Fast neun Jahre Bürgerkrieg in **Syrien** (Rang 11, unverändert) und der seit Jahren andauernde Konflikt im **Irak** (Rang 15 / 13) haben die christlichen Gemeinden stark dezimiert. Im Irak, wo die Zahl der Christen vor 2003 etwa 1,5 Millionen betrug, liegt sie heute bei rund 200.000 – ein Rückgang von 87% innerhalb einer Generation. Einige sind zurückgekehrt, um ihre Häuser wiederaufzubauen, hauptsächlich in der Ninive-Ebene. Aber ihre Rückkehr wird durch große Schwierigkeiten in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt erschwert. Von Iran unterstützte schiitische Milizen bedrohen, schikanieren und schüchtern Christen weiterhin ein.

Im Sommer 2019, etwa zwei Jahre nach der Befreiung von Mossul von der Herrschaft des IS, lebten wieder 50-75 Christen in der Stadt. Weitere Christen arbeiten oder studieren dort. Der chaldäisch-katholische Patriarch Louis Sako hat davor gewarnt, dass schiitische Gruppen erneut versuchen, einen „demographischen Wandel“ in der Ninive-Ebene herbeizuführen (durch die gezielte Ansiedlung muslimischer Bevölkerung in den vormals überwiegend christlichen Orten).

Demonstrationen gegen die Korruption der herrschenden Elite im Irak sorgen für anhaltende allgemeine Instabilität und schrecken (christliche) Flüchtlinge davon ab, ins Land zurückzukehren.

In Syrien ist die Situation komplexer. Von den 2,2 Millionen Christen vor dem Konflikt sind laut Schätzungen noch rund 744.000 im Land. Viele der jungen Generation sind gegangen. Der maronitische Bischof von Damaskus, Samir Nassar, beschreibt das Profil der Kirche als „alternd – mit unsicherem Status“. In staatlich kontrollierten Gebieten ist inmitten der Zerstörung zu beobachten, wie wieder neues Leben entsteht und sich Anzeichen von Normalität einstellen.

Es gibt jedoch Kraftstoff-, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit sowie nur kärglich ausgestattete medizinische Einrichtungen und Bildungs- wie Beschäftigungsmöglichkeiten. Viele Christen Syriens leben als Binnenflüchtlinge, andere als Flüchtlinge außerhalb des Landes. Die Männer unter den christlichen Flüchtlingen im Libanon und in Jordanien wollen aus Angst davor, zum Militärdienst eingezogen zu werden, nicht zurückkehren.

Darüber hinaus sind vom Einmarsch der Türkei in Nordostsyrien 40.000 oder mehr Christen in der hauptsächlich kurdischen Region direkt betroffen. Sie befürchten, dass mit der Rückführung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei ein demographischer Wandel in der Region angestrebt wird, der die arabisch-sunnitische Präsenz zum Nachteil der Kurden und auch der Christen verstärken würde.

6) Christliche Konvertiten sind am stärksten von Verfolgung betroffen

Unter verfolgten Christen sind es die Konvertiten aus anderen Religionen, die am härtesten von Verfolgung betroffen sind – in sehr vielen Fällen durch die eigene Familie, die Gesellschaft, durch Mitglieder ihrer vorherigen Religionsgemeinschaft und durch die Regierung. Die Verfolgung von Konvertiten nimmt weltweit größere Ausmaße an, weil sich immer mehr Menschen dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, ungeachtet ihrer vorherigen Religion oder Ideologie. Außerdem verknüpfen autoritäre Regierungen und religiöse nicht-christliche Leiter in verschiedenen Staaten die nationale Identität ihrer Bürger zunehmend mit einer Ideologie oder einer Religion. Konvertiten werden als „Abtrünnige“ betrachtet und hart verfolgt.